



**DANKE ANTIFA!**  
Für eine wehrhafte  
Zivilgesellschaft

**DIE LINKE.**  
FRAKTION IM HESSISCHEN LANDTAG

## **Hessen hat ein Nazi-Problem**

Durch Hessen zieht sich eine Spur des rechten Terrors. Das zeigen die Taten des NSU, die Drohschreibenserie des Absenders „NSU 2.0“, der rassistische Anschlag von Hanau sowie der Mord am Kasseler Regierungspräsidenten Dr. Walter Lübcke durch behördenbekannte Neonazis. Mit der Festnahme des CDU-Kommunalpolitikers Marvin E. aus Spangenberg, der eine neonazistische „Atomwaffendivision“-Hessen aufbauen wollte, konnte ein geplanter rechtsterroristischer Anschlag gerade noch verhindert werden. Auch die hessischen Bundeswehrsoldaten Franco A. und Tim F. bereiteten neonazistische Anschläge vor und wurden erst kurz vor knapp gestoppt. Hessen hat ein massives Problem mit militanten Neonazis und rechter Gewalt.

Die Gefahr von rechts geht aber nicht nur von der organisierten neonazistischen Szene aus. Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus, Queer-Feindlichkeit und andere menschenverachtende Einstellungen sind bis weit in die Mitte der Gesellschaft verbreitet. Erfahrungen von Alltagsrassismus und Diskriminierung etwa bei der Wohnungssuche, im Job oder bei rassistisch motivierten Polizeikontrollen sind für viele Menschen in Hessen tägliche und traurige Realität. Das gesellschaftliche Klima wird auch von Parteien wie der AfD vergiftet. Ihre Reden und Äußerungen in den Parlamenten und Talkshows legen den Grundstein für eine Kultur, in der Hass und Hetze gedeihen können. Es sind aber nicht nur rechte Parteien, die Hetze befeuert. Es sind Äußerungen am Stammtisch, Hate Speech in den sozialen Netzwerken und Kommentare auf Familienfeiern. Dass aus Worten Taten werden können, zeigen die rechtsterroristischen Angriffe in Hessen eindrücklich. Auch rechte Vereinnahmung des öffentlichen Raums nimmt zu – seien es neonazistische Schmierereien oder queerfeindliche Übergriffe, wie beispielsweise in den letzten Monaten verstärkt in Frankfurt.

**HIER WURDE  
NAZIPROPAGANDA  
ÜBERKLEBT!**

**FASCHISTISCHE  
STRUKTUREN ZERSCHLAGEN  
ANTISEMITISMUS, RASSISMUS,  
NATIONALISMUS UND SEXISMUS  
ANGREIFEN**





**NAZIS**  
MCPD

**NO NAZIS**

**ECHSEN  
GEGEN  
NAZIS.**

Mit der Coronapandemie tauchten selbsternannte „Querdenken“-Gruppen auf. Die Gefahren durch diese in weiten Teilen antisemitischen und verschwörungsideologischen, antidemokratischen bis hin zu völkisch-esoterischen Zusammenschlüsse wurden lange Zeit von den Sicherheitsbehörden heruntergespielt.

Das Ergebnis dieses Behördenversagens sind Brandanschläge auf Teststellen sowie Störaktionen vor Impfbetrieben. Immer wieder kommt es am Rande von „Querdenken“-Demonstrationen zu Übergriffen auf Journalist\*innen und Gegendemonstrationen. In Kassel eskalierte eine „Querdenken“-Demonstration mit 20.000 Teilnehmenden völlig.

Es kam zu gewalttätigen Auseinandersetzungen und die Bilder von marodierenden Gruppen, die unbegleitet durch die Stadt liefen, bestimmten die Nachrichten. Die Dynamik der Bewegung wurde von Polizei und Verfassungsschutz massiv verharmlost und unterschätzt.

## **Verfassungsschutz: Abschaffen!**

In Hessen gab es innerhalb von 15 Jahren drei rechtsterroristische Anschläge, bei denen elf Menschen ermordet wurden und weitere, zum Glück weniger tödliche Versuche – keinen davon konnte der „Verfassungsschutz“ verhindern. Hunderte Waffen sind legal im Besitz von Neonazis – von den illegalen ganz zu schweigen. Gleichzeitig sehen wir seit Jahren zunehmende Agitationen von rechts, die der „Verfassungsschutz“ (lange) nicht als problematisch ansah bzw. ansieht – seien es die Reichsbürger-Bewegung, PEGIDA-Ableger, die AfD oder Querdenken. Statt vehement gegen das menschenverachtende Treiben rechter Akteure vorzugehen, werden Schwerpunkte auf die Kriminalisierung und Verfolgung von linkem Aktivismus gelegt.

Dazu kommt das Problem der parlamentarischen Kontrolle, die in einer Demokratie unabdingbar ist. Im Hessischen Landtag gibt es die Parlamentarische Kontrollkommission Verfassungsschutz (PKK-V), die als einzige Kontrollinstanz dem Verfassungsschutz auf die Finger schaut. Allerdings kann sie das nur in einem begrenzten Umfang: Kontrolliert wird nur, was der Verfassungsschutz selbst vorlegt. Da die Sitzungen der PKK-V grundsätzlich geheim sind, können die Mitglieder keine Maßnahmen einleiten und Kritik nicht öffentlich äußern. Das Gremium ist in seiner Aufgabenerfüllung damit stark eingeschränkt und der Verfassungsschutz schlecht kontrolliert.

Durch die Untersuchungsausschüsse zum NSU und dem Mord an Walter Lübcke zeigte sich, dass der „Verfassungsschutz“ auch bei seiner inhaltlichen Arbeit die eigenen Anforderungen nicht erfüllt: Im Nachgang des NSU-Untersuchungsausschusses wurde zwar angemahnt, soziologische und politikwissenschaftliche Expertise einzubeziehen und die Perspektive der Opfer wahrzunehmen.

# NSU-Ausschuss Hessen 19/2

**DIE LINKE.**  
FRAKTION IM HESSISCHEN LANDTAG

**DIE LINKE.**  
FRAKTION IM HESSISCHEN LANDTAG

# LÜBCKE-AUSSCHUSS UNA 20/1

**OFFEN**  
FÜR  
**VIELFALT**

**GESCHLOSSEN**  
GEGEN  
AUSGRENZUNG

PAGNA 24329

HESSENISCHEN LANDTAG  
20. November  
Tagesordnung  
für die 2. Plenarsitzung  
am 20. November 2012

Resonanzgleichung des Ministerpräsidenten  
ohne Aufschluss des Fraktion

1. Antrag der Fraktion der Arbeitnehmersolidarität  
Hessland „Dreißig für alle“  
Dreißig für alle  
gemeinsam aufgerufen mit:  
Dreißig für alle
- Antrag der Fraktion der Unabhängigen Partei  
Hessland „Merkelzeit für eine einseitige Ver-  
dichtung“  
Dreißig für alle

BERICHT DER FRAKTION DIE LINKE ZUM  
**NSU-UNTERSUCHUNGS-**  
**AUSSCHUSS**  
IM HESSISCHEN LANDTAG

Klagt Vertuschung

Wie wähle der NSU  
Londoner NSU-Forschung  
Streik  
Ausschuss  
hält seine Hand über ihn  
NSU-Spur  
im Sand  
Kein Szenario ausgeschlossen  
Langenschutz hat versagt  
er Umgang mit Bouffier?  
belastet Bouffier

**DIE LINKE.**  
FRAKTION IM HESSISCHEN LANDTAG





Der gewünschte Effekt blieb jedoch aus, weil diese neue Perspektiven in die alten Arbeitsstrukturen integriert wurden. Dadurch wird die Gefahr, die von der Extremen Rechten ausgeht, meist falsch bewertet und massiv unterschätzt, während kapitalismuskritische Gruppen wie „Ende Gelände“ als verfassungsfeindlich gebrandmarkt werden. Der Behörde mangelt es an einem Verständnis rechter Ideologien, die aufgrund der angenommenen Ungleichwertigkeit von Menschen chauvinistisch und vernichtungsorientiert sind. Damit einher geht eine Verharmlosung „neurechter“ Bewegungen, die dramatische Folgen zeitigt. Der Mörder Walter Lübckes konnte vom „Verfassungsschutz“ nur deshalb fälschlich als „abgekühlt“ eingestuft werden, weil seine Beteiligung bei KAGIDA und AfD als bürgerliche Unzufriedenheit gesehen wurde.

Mehr Gefahr als Hilfe ist auch das V-Leute-System. Der NSU wurde durch V-Leute über Jahre mitfinanziert. Generell unterstützt die Beschäftigung militanter Neonazis beim Inlandsgeheimdienst den Aufbau rechter und rechtsterroristischer Strukturen massiv. Neben dieser Unterstützung und der Frage, wie zuverlässig Informationsquellen aus der rechten Szene sind, beeinflusst das System auch ganz konkret die Arbeit des Verfassungsschutzes. Da Quellenschutz von der Behörde stets über Aufklärung und Intervention gestellt wird, verhindert diese Arbeitsweise aktiv die Aufgabenerfüllung. Bei Sicherheitsüberprüfungen verschweigt die Behörde grundsätzlich Informationen, die von V-Leuten kommen. Quellenschutz wird also höher bewertet, als das Einschreiten bei der legalen Bewaffnung von Neonazis. Das galt auch für Markus H., den Freund des Lübcke-Mörders Stephan Ernst, der wegen seinem legalen Waffenbesitz mit Ernst Schießtrainings durchführen konnte.

DIE LINKE fordert deshalb, dass der Verfassungsschutz abgeschafft wird. Wir wollen ihn durch eine transparent arbeitende, wissenschaftliche Beobachtungsstelle zu Angriffen auf Grund- und Menschenrechte sowie Demokratie ersetzen. Natürlich ist es wichtig, Bestrebungen gegen unsere Grundwerte zu beobachten und ihnen entgegenzutreten – dafür brauchen wir aber keine Behörde, die die Bevölkerung ausspäht, die Extreme Rechte finanziert und mit ihrer Prioritätensetzung und Arbeitsweise rechten Terror nicht verhindern kann.

Die Verfassung wird nicht hinter verschlossenen Türen und im Aktenschredder verteidigt, sondern am Arbeitsplatz, in der Kneipe, auf dem Kinderspielplatz, im Stadion oder beim nächsten Familienbesuch. Dazu und um uns schützen zu können, braucht es öffentliche Information über rechte, autoritäre und demokratiefeindliche Strukturen und Argumentationsmuster sowie politische Bildung. Wir brauchen antifaschistische Recherche, einen starken Journalismus und gesellschaftliche Aufklärung, um gemeinsam antidemokratische, faschistische und menschenverachtende Tendenzen bekämpfen zu können.



VERFASSUNGSSCHUTZ  
ABSCHAFFEN

Gegen Rassismus und Naziterror  
Verfassungsschutz auflösen

~~Kein Schlussstrich~~

Von Hessen nach München.  
AmTag X

der Urteilsverkündung im NSU Prozess



**NAZI-STRUKTUREN AUFLÖSEN**  
heißt: „Sicherheits“behörden *schaffen*  
**NSU 2.0 AUFGÄREN**

SIND ALS  
WAFFEN?  
STRUKTUREN  
www.keinvinzulin.de

## **Nazis raus aus den Sicherheitsbehörden**

Hessen wurde in den letzten Jahren von einer nicht aufhörenden Reihe von Skandalen innerhalb der Polizei erschüttert. Ausgelöst durch die Drohbriefe des Absenders „NSU 2.0“ traten verheerende Missstände und Probleme in der Polizei ans Licht. Es gab illegale Datenabfragen durch Polizist\*innen, Waffen und Munition verschwanden aus der Asservatenkammer der Polizei, in verschiedenen rechten Chatgruppen teilten hessische Polizist\*innen menschenverachtende, rassistische, antisemitische und neonazistische Inhalte miteinander und wurden von wohlgesonnenen Vorgesetzten vor den Ermittlungen gewarnt. Insgesamt laufen in diesem Kontext weit über 100 Disziplinarverfahren gegen Polizeibeamt\*innen verschiedener Dienststellen bis hin zum SEK. Rechte Netzwerke sind auch in der hessischen Polizei bittere Realität.

Auch in Hessen kommt es zu polizeilichen Willkürmaßnahmen wie Racial Profiling und anderen Formen von strukturellem Rassismus in den Sicherheitsbehörden. So werden vermehrt People of Color und andere marginalisierte Gruppen immer wieder Opfer von Polizeigewalt. Viel zu oft fühlen sich Betroffene rechter Gewalt von den Sicherheitsbehörden im Stich gelassen und nicht ernst genommen oder werden gar – wie nach dem rassistischen Anschlag in Hanau – als Gefährder angesprochen.

Für all diese Skandale ist der hessische Innenminister Peter Beuth (CDU) politisch verantwortlich. Doch Beuth erkennt die bestehenden Probleme nur zögerlich an und ist nicht fähig, dringend notwendige Reformen in der hessischen Polizei durchzusetzen. Zwar wurden mit dem Einsetzen der Experten-Kommission und dem von ihr vorgelegten Abschlussbericht viele gute Handlungsempfehlungen für die Reform der hessischen Polizei vorgelegt. Allerdings geht die Umsetzung der Handlungsempfehlungen schleppend voran.

Auch die Handlungsempfehlungen des NSU-Untersuchungsausschusses zur Reformierung der Arbeit der Sicherheitsbehörden sind noch immer nicht vollumfänglich umgesetzt. Beuths Prämisse scheint dabei das Polieren des eigenen Images zu sein und weniger die Resilienz des Polizeiapparates zu stärken.

DIE LINKE fordert deshalb die Umsetzung der Handlungsempfehlungen der Expertenkommission und des NSU-Untersuchungsausschusses zur Reform der Polizei, insbesondere verpflichtende Seminare zu Rechtsextremismus und Diskriminierungen, die Etablierung einer Fehlerkultur und Datenschutzmaßnahmen.

Rechte Netzwerke in den Sicherheitsbehörden müssen zerschlagen werden: Menschenfeindliche, rassistische, antisemitische und neonazistische Äußerungen und Handlungen von Polizist\*innen und Angehörigen des öffentlichen Dienstes müssen konsequent disziplinar- und strafrechtlich geahndet werden. Dazu muss auch das hessische Disziplinarrecht angepasst werden.

Es braucht eine stärkere Berücksichtigung von demokratiefördernden Inhalten in der Polizeianwärter\*innenausbildung durch verpflichtende Seminare zu interkultureller Kompetenz sowie Antisemitismus- und Rassismusprävention.

Verdachtsunabhängige Kontrollen müssen verboten werden, um Willkürmaßnahmen und rassistische Polizeikontrollen zu unterbinden.







## Wehrhafte Zivilgesellschaft stärken

Um es mit Esther Bejarano zu sagen: Wer gegen Nazis kämpft, kann sich auf den Staat nicht verlassen. Das zeigen die Versäumnisse und Probleme in den Sicherheitsbehörden deutlich. Wir brauchen stattdessen eine Stärkung der wehrhaften Zivilgesellschaft. Antifaschistische und journalistische Recherche muss in die Bewertung der Extremen Rechten miteinbezogen werden. Wenn wir in einer freien Gesellschaft leben wollen, müssen wir Menschenverachtung immer und überall aktiv entgegentreten und uns für ein solidarisches Miteinander stark machen.

Wir sagen daher: Danke Antifa! Ob Recherchen zur Extremen Rechten, Hinweise auf Rechtsterror oder die solidarische Unterstützung von Personen, die von rechter Gewalt betroffen sind: Die engagierte Zivilgesellschaft leistet mehr für unser demokratisches Miteinander, als es die sogenannten Sicherheitsbehörden mit all ihren nachrichtendienstlichen Befugnissen je getan haben. Antifaschistische Arbeit ist schlicht das wirksamste Mittel gegen Menschenhass.

Wir fordern ein Ende der Kriminalisierung antifaschistischer Recherche und endlich langfristige Förderpläne für zivilgesellschaftliche Projekte, die die Demokratie stärken und sich gegen Rassismus, Antisemitismus und andere Formen der Menschenverachtung einsetzen. Gleiches gilt für Projekte, die Opfer und Betroffene rechter, menschenverachtender Gewalttaten unterstützen und in die gesellschaftliche Aufmerksamkeit bringen. Um rechten Terror wirksam zu verhindern, ist diese Arbeit unerlässlich und verdient Wertschätzung und Anerkennung.

Zur nachhaltigen Stärkung der wehrhaften Zivilgesellschaft braucht es ein langfristiges und flächendeckendes Angebot von zivilgesellschaftlichen Präventions- und Beratungsprojekten. Dazu muss eine dauerhafte Finanzierung dieser Strukturen sichergestellt werden. Für die haupt- und ehrenamtlich Tätigen muss die Unsicherheit darüber, ob ihre wichtige Arbeit auch nach Ablauf der aktuellen Förderperiode fortgesetzt werden kann, endlich aufhören. Es gibt aktuell noch keine flächendeckende mobile Beratung für Betroffene von rechter und rassistischer Gewalt in Hessen. Diese Lücken möchten wir schließen.

Die Kriminalisierung von antifaschistischem Engagement und Recherchearbeit muss gestoppt werden. Wer gegen Neonazis und Menschenverachtung aufsteht, handelt nicht gegen die Werte des Grundgesetzes, sondern verteidigt diese aktiv. Die Überwachung und Repression durch den sogenannten „Verfassungsschutz“ und die polizeilichen Sicherheitsbehörden muss daher beendet werden.

Eine starke, wehrhafte Zivilgesellschaft beruht auch auf einer angemessenen Erinnerungs- und Gedenkkultur. DIE LINKE möchte daher den 8. Mai als Jahrestag des Siegs über den Nationalsozialismus zum gesetzlichen Gedenk- und Feiertag in Hessen machen.

Februar 2020 **HANAU**

Wir fordern Entnazifizierung  
Aufklärung, Konsequenzen



Vili Viorel  
Păun



Sedat  
Gürbüz



Faah  
Saracoglu



Gökhan  
Altın



Mercedes  
Kierpacz

## Impressum

DANKE ANTIFA!

Für eine wehrhafte Zivilgesellschaft

DIE LINKE. Fraktion  
im Hessischen Landtag  
Schlossplatz 1-3  
65183 Wiesbaden

Tel.: 0611-350 60 90

Fax: 0611-350 60 91

E-Mail: [die-linke@ltg.hessen.de](mailto:die-linke@ltg.hessen.de)

Web: [linksfraktion-hessen.de](http://linksfraktion-hessen.de)

Kontakt:

Torsten Felstehausen, MdL

Sprecher für Antifaschismus

Tel.: 0611-350 60 72

E-Mail: [t.felstehausen@ltg.hessen.de](mailto:t.felstehausen@ltg.hessen.de)

Milena Hildebrand

Referentin für Innenpolitik

Tel.: 0611-350 60 56

E-Mail: [m.hildebrand@ltg.hessen.de](mailto:m.hildebrand@ltg.hessen.de)

V.i.S.d.P.

Elisabeth Kula und Jan Schalauske

Grafik, Satz und Layout: AfM Lichtenberg

Text: Tim Dreyer, Luisa Hecker, Milena Hildebrand

Redaktion: Tim Dreyer, Gina Renc

Bildnachweis: Titelbild: Imago-Images

Seite 3, 7, 15: Tim Dreyer

Seite 4, 11, 12, 16, 19: Protestfotografie.Frankfurt

Seite 8: [istockphoto.com/piyaphun](https://istockphoto.com/piyaphun)

Wiesbaden, Oktober 2022

**DIE LINKE.**  
FRAKTION IM HESSISCHEN LANDTAG



[linksfraktion.hessen](https://www.facebook.com/linksfraktion.hessen)



[linkeltghessen](https://twitter.com/linkeltghessen)



[linksfraktionhessen](https://www.instagram.com/linksfraktionhessen)